

# **Protokoll der Sitzung des LJHA vom 07. April 2016**

**Zeit: 14:30 Uhr – 16:40 Uhr**

**Ort: Senatorin für Finanzen - Raum 208**

Teilnehmer/-innen und Gäste:  
s. Anwesenheitsliste

**Vorsitz: Herr Barde**

**Protokoll: Herr Möller**

Bremen, den 22.04.2016

## **TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Möller legt eine überarbeitete Fassung der Tagesordnung vor. Diese Tagesordnung wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

## **TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles**

Keine

## **TOP 3: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.10.2015**

Das Protokoll wird mit geringfügigen redaktionellen Änderungen verabschiedet.

## **TOP 4: Bericht zur Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes (BKischG)**

Frau von Dr. Hehl führt in die Vorlage ein. Im Verlauf der Debatte wird der Bericht als hilfreich angesehen, da er Hinweise auf Optimierungsbedarfe im Kinderschutz im Land Bremen und den beiden Stadtgemeinden geben kann. Auch im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schulen soll sich die entsprechende Unterarbeitsgruppe mit der Thematik befassen um

dabei das System Schule in den Blick zu nehmen. Optimierungsbedarfe werden auch im Bereich der insoweit erfahrenen Fachkräfte gesehen. Auf Hinweis auf Unterfinanzierungen im Bereich der Familienhebammen wird bestätigt, dass höhere Bedarfe bestehen als mit den zur Verfügung stehenden Personalressourcen abgedeckt werden können. In diesem Zusammenhang wird darüber informiert, dass der Bereich Gesundheit sich auf Bundesebene nicht zur Unterstützung eines notwendigen Ausbaus im Bereich der Familienhebammen entschließen konnte und daraus eine strukturelle Unterfinanzierung in allen Kommunen resultiert. Für das Gesundheitsamt Bremen teilt Frau Sadowski mit, angesichts der Ausstattung wären eindeutige Prioritätensetzungen in Kinderschutzfällen erfolgt. Im Bereich der Hausbesuche liege das Hauptaugenmerk auf der Erfüllung hoher Qualitätsstandards. Frau Hild empfiehlt zu bedenken, dass Bremen und Bremerhaven in der positiven Situation waren, bereits über ein System von Familienhebammen zu verfügen, dieses sein bei Betrachtung des Berichts der Bundesregierung zu berücksichtigen. In der weiteren Entwicklung seien jedoch neben der Frage der Ausstattung mit bedarfsadäquaten Personalressourcen auch die Aspekte des Aufgabenspektrums, der Qualifikation und der Qualitätsstandards zu beschreiben. Herr Diener erläutert den permanenten Prozess der qualitativen Weiterentwicklung des Kinderschutzes, auch angesichts der Schwierigkeiten von Personalfuktuation und Personalgewinnung in Zeiten eines Fachkräftemangels. Herr Goldschmidt bittet um Berichterstattung über alle für das Arbeitsfeld der offenen Jugendarbeit relevanten Maßnahmen und Entwicklungen in der Stadtgemeinde Bremen. Frau Frank die Vorbereitung dieser Thematik in der AG gem. § 78 SGB VIII.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Herr Dr. Schlepper, Frau Leonidakis, Frau Dr. Baumgärtner, Frau Sadowski, Frau Hild, Herr Goldschmidt

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 5: Bundesinitiative Frühe Hilfen**

### **hier: Umsetzung der Bundesinitiative Frühe Hilfen im Lande Bremen – Zweiter Zwischenbericht**

Frau Dr. Baumgärtner führt in die Vorlage ein und erläutert die Förderung durch den Bund, die Entsprechenden Förderkriterien und Förderschwerpunkte sowie die strukturelle Umsetzung der Bundesinitiative Frühe Hilfen im Lande Bremen. Im Verlauf der Erörterung wird darauf hingewiesen, dass obwohl einige erforderliche Personalressourcen bereits im Rahmen der Haushaltsaufstellung dargestellt wurden, weitere Verbesserungen jedoch notwendig seien. Auf Nachfrage wird erläutert, dass es hinsichtlich der Erhebung einer Gebühr bei Einsatz Ehrenamtlicher durchaus möglich sein auf deren Erhebung zu verzichten. Ein Einsatz ehrenamtlicher Kräfte erfolge nur sofern die Bedarfssituation dieses zulasse und sobald ein Einsatz von Fachkräften notwendig sei, dieser auch erfolge.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Frau Leonidakis, Frau Dr. Baumgärtner

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vorgelegten Bericht „Bundesinitiative Frühe Hilfen im Lande Bremen - Zweiter Zwischenbericht“ zur Kenntnis.

Er bittet das Ressort um weitere Berichterstattung über die Umsetzung der Bundesinitiative auf Landesebene in einem Jahr.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

### **TOP 6: Stand und Entwicklungsbedarfe zur Betreuung und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer (umA) im Land Bremen**

Auf Nachfrage zum Fachkräftemix erläutert Frau Dr. Rose, unter Verweis auf die Rahmenvereinbarung und die Ergebnisse der Vertragskommission, die der akuten Notsituation geschuldete Absenkung der Standards über die hier berichtet werde. Eine Grundsatzentscheidung zur Absenkung der Betreuungsstandards sei damit nicht verknüpft. Im Verlauf der weiteren Debatte werden derartige Notmaßnahmen als zwingend erforderlich angesehen, jedoch auch darauf gedrängt, in bevorstehenden Phasen der Konsolidierung wieder zu regulären Standards in Bezug auf den Einsatz von Fachkräften zurückzukehren. Frau Hild stellt fest, die Mengengerüste für die Stadtgemeinde Bremerhaven bedürften ebenso gesonderter Betrachtung wie die dortige andere Gesamtsituation. Z. B. sei in Bremerhaven keine signifikant hohe Straffälligkeit feststellbar. Sie regt an, auch die Themen Folgeleitungen bei Erreichen von Volljährigkeit und Erfordernis einer Verwaltungspauschale in den Blick zu nehmen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Leonidakis, Frau Dr. Rose, Herr Dr. Güldner, Frau Hild

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

### **TOP 7: Aufstellung der Haushalte 2016/2017**

Herr Rauscher erläutert die den Produktbereich 41.01 betreffende Vorlage und betont die dort auf einvernehmlichen Prognosen basierende Darstellung der Mittel für Geflüchtete. Um Mehrbe-

darfe rechtzeitig zu identifizieren, sei ein Halbjahrescontrolling aufgelegt worden. Er erläutert ferner die dargestellten Bedarfe für Erzieherische Hilfen und Unterhaltsvorschuss und beantwortet Verständnisfragen.

Frau Dr. Rose und Frau Frank beantworten weitere Verständnisfragen. Frau Hild spricht die negativen Auswirkungen des Wegfalls der bisher sehr hilfreichen Impulsmittel an. Frau Leonidakis bemängelt den späten Versand der Unterlagen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Kargoscha, Frau Leonidakis, Herr Rauscher, Frau Dr. Rose, Frau Frank, Frau Hild

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Haushaltsentwürfe 2016 und 2017 für den Produktbereich 41.01 zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

### **TOP 8: Eckwertvorschlag des Senats – Bericht zu Auswirkungen für die Kinder- und Jugendförderung**

Frau Frank erläutert die für die Landesebene relevanten Aspekte der Vorlage an wie einerseits das Europapolitische Jugendkonzept, hier seien nun Gespräche mit Staatsrätin Hiller geplant, um realistische Umsetzungsszenarien entwickeln zu können. Zum anderen soll in Bezug auf das Bundesprogramm „Demokratie leben / Extremismusprävention eine Stabilisierung der geförderten Programme unter Sicherung von Kontinuität erfolgen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zu den Auswirkungen des Eckwertvorschlags des Senats für die Kinder- und Jugendförderung zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

### **TOP 9: Aufstellung der Haushalte 2016 und 2017 - Produktplan 21/Kinder und Bildung**

Herr Jablonski führt in die Vorlage ein, erläutert die neue Produktplanstruktur und unterstreicht die inzwischen erforderlich gewordenen Eckwertsteigerungen in Bereichen wie dem Ausbaupro-

gramm. Das BuT und etwaige Tarifsteigerungen seien noch nicht berücksichtigt. Besonders verweist er auf die dargestellten investiven Mittel für das Ausbauprogramm. Im weiteren Verlauf werden im Wesentlichen Verständnisfragen beantwortet. Auf inhaltliche Nachfragen erläutert Herr Jablonski, dass Ausbauprogramm müsse auf Grund demographischer Veränderungen gestrafft werden und erläutert die in der Vorlage erwähnten qualitativen Maßnahmen hinter denen sich Leitungskräftequalifizierungen, Schulungen Umgang mit Vielfalt, Personalverstärkung für Inklusion, Unterstützung für Fachkräfte von Eltern-Kind-Gruppen, Kooperation Kindertagesbetreuung-Grundschulen verbergen. Frau Moning ergänzt, eine diesbezügliche Rahmenplanung müsse noch erfolgen.

Frau Hild weist darauf hin, dass ursprüngliche Gespräche mit Bremerhaven nicht fortgeführt worden seien. Investitionen seien auf Grund gesellschaftlicher und demographischer Entwicklungen auch in Bremerhaven erforderlich.

In der weiteren Diskussion wird von Herrn Dr. Güldner die Ausstattung der Quartiersbildungszentren mit personell hinterlegten Leitungsanteilen als nicht ausreichend angesehen sowie auf das Integrationskonzept des Senats hingewiesen in dem weitere Flucht- und Integrationsbedingte Bedarfe hingewiesen, welches neben dem Haushalt gesondert dargestellt und beschlossen werden soll.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Herr Dr. Schlepper, Frau Leonidakis, Frau Hild, Herr Jablonski, Herr Rauscher, Herr Öztürk,

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Haushaltsentwürfe 2016 und 2017 für den Produktbereich 21.07 zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

#### **TOP 10: Klausur LJHA und JHA am 15. April 2016 - Information**

Frau. Rose teilt mit, dass die Klausur von LJHA und JHA planmäßig am 14. April in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr unter Teilnahme von Senatorin Bogdan, Senatorin Stahmann und Stadtrat Rosche stattfinden wird

#### **TOP 11: Berichte der Verwaltung**

keine

## **TOP 12: Verschiedenes**

Keine Themen

für das Protokoll:

Arnd Möller